

Wie KI unsere Demokratie erweitern könnte

Künstliche Intelligenz wird derzeit oft als Bedrohung dargestellt. Dabei lohnt sich ein nüchterner Blick: KI ist kein politischer Akteur. Sie entscheidet nichts, sie regiert nicht und sie ersetzt keine demokratischen Prozesse. Was sie jedoch kann, ist etwas anderes – sie kann sichtbar machen, wie unsere politischen Systeme heute funktionieren.

Viele Parlamente werden auch dann gebildet, wenn weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten an ihren Wahlen teilnimmt. Politische Bestätigung entsteht aus Verfahren, nicht aus fortlaufender Zustimmung. Parlamente sind Selbstläufer. In politische Ämter gelangen meist jene, die sich im Wettbewerb durchsetzen wollen und können. Das ist keine persönliche Kritik, sondern eine strukturelle Beobachtung. Ein erheblicher Teil politischer Energie wird zudem durch parteiinterne Grabenkämpfe gebunden.

Diese Formen stammen aus einer Zeit, in der Information knapp und Beteiligung aufwendig war. Heute ist das anders. Bürger verfügen über Zugang zu Wissen, Daten und Analysen wie nie zuvor. Genau hier kann KI eine hilfreiche Rolle spielen – nicht als Entscheiderin, sondern als Werkzeug. Sie kann politische Vorlagen verständlicher machen, Argumente vergleichbar aufbereiten und Entscheidungswege transparenter darstellen.

Damit eröffnet sich eine konkrete Möglichkeit: Jede Stadt oder Gemeinde könnte ergänzend zu bestehenden Institutionen freiwillige digitale Beteiligungssysteme eröffnen. Bürger könnten politische Geschäfte mitverfolgen, diskutieren, unterschiedliche Perspektiven einbringen und unverbindlich Stellung beziehen – sichtbar, aber ohne rechtliche Wirkung. Solche Modelle werden bereits erprobt, etwa unter www.stadtmitbestimmung.ch.

Die eigentliche Frage ist daher nicht, ob KI gefährlich ist. Sondern ob wir bereit sind, neue Werkzeuge zu nutzen, um unsere demokratischen Routinen zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Nicht laut, nicht revolutionär – sondern sachlich, gemeinsam und von unten.

Heinz Keller Dübendorf